



Newsletter aus dem Sachsen-Verbindungsbüro Brüssel

Ausgabe vom 12. Oktober 2011 - Sächsische Staatsregierung

EU-Politik

Finanzen

Troika bescheinigt Griechenland »große Fortschritte« bei der Haushaltskonsolidierung..... 3

Forschung

Europäische Klimaforschungsallianz gegründet..... 4

Junger Forscher aus Meißen gewinnt den zweiten Preis.....5

Justiz

Abstimmung zwischen dem Rat der Europäischen Union und dem Europäischen Parlament wird noch Zeit benötigen..... 6

Hauptziel ist nicht Strafmaßserhöhung, sondern Harmonisierung..... 7

Landwirtschaft

Brüsseler Fachtagung befasst sich mit Kohlenstoffspeicherung bei Agrarkulturen..... 8

Regionalpolitik

Umgestaltung der Kohäsionspolitik hin zu einer richtigen Investitionspolitik..... 9

Verkehr

Europäische Kommission rechnet bei europaweiter Ahndung bestimmter Verkehrsverstöße mit bis zu 5.000 weniger Verkehrstoten jährlich..... 10

Wirtschaft

Industriepolitik, Ressourceneffizienz, Normungspaket, einheitliches Patentgericht,
Berufsqualifikationen..... 11

Termine

Ausschreibungen

Unterstützung der Überwachungs- und Bewertungsstrategie (Gleichstellungsfragen)..... 12

Mitgliedschaft in der aus Wissenschaftlichen Ausschüssen und einer Datenbank von
Sachverständigen bestehenden Beratungsstruktur für die wissenschaftliche Risikobewertung.... 13

Kooperationsbörse

Basic skills and key competences via sexual education..... 14

Inclusion and integration into the labour market for young academics - an innovative trainee
approach..... 16

Troika bescheinigt Griechenland »große Fortschritte« bei der Haushaltskonsolidierung

(KF) Die EU-Finanzminister trafen sich am 03. und 04.10.2011 zu ihren ersten formalen Ratssitzungen im Rahmen der Eurogruppe und des Rates für Wirtschaft und Finanzen (ECOFIN-Rat) nach der Sommerpause.

Die Finanzminister der Eurozone haben am 03.10.2011 beschlossen, die Entscheidung über die Ausreichung der nächsten 8-Mrd.-Euro-Tranche aus dem 110 Mrd. Euro starken (ersten) Hilfspaket für Griechenland zu verschieben. Als Begründung wird der noch ausstehende Bericht über die Fortschritte der griechischen Sparbemühungen der sogenannten Troika (Prüfgruppe, die aus Vertretern der Europäischen Zentralbank, des Internationalen Währungsfonds und der Europäischen Kommission besteht) genannt, der für Mitte/Ende Oktober erwartet wird. Zwischenzeitlich war zudem bekannt geworden, dass Griechenland seine Sparziele für 2011 und 2012 wohl teilweise deutlich verfehlen wird. Für das laufende Jahr ist mit einem Defizit von 8,5 % des Bruttoinlandsproduktes zu rechnen, Griechenland hätte 7,6 % erreichen müssen. Für das kommende Jahr werden mit 6,8 % statt angepeilter 6,5 % gerechnet. Vor diesem Hintergrund will die Troika nun eingehendere Prüfungen durchführen, bevor eine abschließende Bewertung abgegeben wird.

Der ECOFIN-Rat beschloss am 04.10.2011 einstimmig die Bestätigung der in der Eurogruppe erreichten Einigung auf eine Nominierung des Staatssekretärs Jörg Asmussens (Bundesfinanzministerium) für das Direktorium der Europäischen Zentralbank in Form einer entsprechenden Empfehlung an den Rat der Europäischen Union.

Ein weiterer wichtiger Meilenstein war die politische Bestätigung der Gesetzgebungsvorschläge über die wirtschaftspolitische Steuerung durch den ECOFIN-Rat. Am 08.11.2011 sollen die endgültigen Entwürfe formell vom ECOFIN-Rat angenommen werden. Die Texte sollen entweder Ende November oder Anfang Dezember im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht werden und spätestens am 01.01.2012 in Kraft treten.

Im Nachgang zu dem Treffen der Finanzminister ist am 11.10.2010 zu erfahren, dass die sogenannte Troika der griechischen Regierung »große Fortschritte« bei der Haushaltskonsolidierung bescheinige. Die dringend benötigten Milliarden-Hilfen aus dem ersten Hilfspaket für Griechenland könnten nach Ansicht der Experten-Troika Anfang November fließen. Der drohende Bankrott des hochverschuldeten Landes wäre damit vorerst abgewendet. Vorher müssten die Euro-Finanzminister und der Internationale Währungsfonds den aktuellen Überprüfungsbericht aber noch billigen. Eine klare Aussage, wonach die Prüfer die Auszahlung befürworteten, machte die Troika in der Mitteilung jedoch nicht.

(Quelle: Nachrichtenagentur dpa)

Europäische Klimaforschungsallianz gegründet

(Doreen Tzscharschuch) Am 04.10.2011 gründeten 8 führende europäische Forschungsorganisationen in Brüssel die »European Climate Research Alliance« (Europäische Klimaforschungsallianz, kurz: ECRA) mit dem Ziel, ihre Aktivitäten im Bereich der Klimaforschung zukünftig in einem leistungsstarken Netzwerk zu bündeln. Bislang sind die Partnerinstitutionen jeweils national in der Klimaforschung aktiv. Durch die Kooperation können die Kapazitäten der einzelnen Partner nun gezielt koordiniert und in gemeinsame Forschungsaktivitäten mit dem Schwerpunkt im Bereich der Klimawandelforschung eingebracht werden. Konkret sind u. a. Maßnahmen zur Verbesserung des Wissenstransfers und die Intensivierung der Zusammenarbeit mit der Industrie geplant. Zudem möchte sich die Klimaforschungsallianz zukünftig in Entscheidungsprozessen, die den Klimawandel betreffen, aktiv als Berater zur Verfügung stellen. Auf diese Weise können die wissenschaftlichen Erkenntnisse zum Beispiel in Gesetzgebungsverfahren direkt berücksichtigt werden.

Die Gründungsveranstaltung fand im Europäischen Parlament statt. Den Festvortrag hielt der Nobelpreisträger für Chemie (1995) Herr Prof. Dr. Paul J. Crutzen. Weiterhin nahmen u. a. der Generaldirektor Forschung und Innovation Robert-Jan Smits, Mitglieder des Europäischen Parlaments (Vittorio Prodi, Jo Leinen, Bas Eickhout) sowie Frau Prof. Dr. Karin Lochte als Vertreterin der Helmholtz-Gemeinschaft teil.

Die 8 Gründungsmitglieder der European Climate Research Alliance kommen allesamt aus verschiedenen Mitgliedstaaten:

- die Helmholtz-Gemeinschaft deutscher Forschungszentren (HGF),
- die Italienische Nationalbehörde für Neue Technologien, Energie und nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung (ENEA),
- das Königlich-Niederländische Meteorologische Institut (KNMI),
- das Finnische Meteorologische Institut (FMI),
- das Schwedische Meteorologische und Hydrologische Institut (SMHI),
- das Norwegische Meteorologische Institut (NMI),
- das Spanische Forschungszentrum für Energie, Umwelt und Technologie (CIEMAT) sowie
- die Technische Universität Dänemark (DTU).

In Sachsen gibt es zwei Forschungszentren der Helmholtz-Gemeinschaft, das Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle (UFZ) und das Helmholtz-Zentrum Dresden Rossendorf (HZDR).

Junger Forscher aus Meißen gewinnt den zweiten Preis

(BG) Beim 23. europäischen Wettbewerb für Nachwuchswissenschaftler in Helsinki konnte der 17-jährige Benjamin Walter aus Meißen einen mit 5.000 Euro dotierten zweiten Preis erzielen.

Der europäische Nachwuchswettbewerb gilt als einer der härtesten in Europa, denn die ausgewählten Teilnehmer haben schon in ihren Heimatländern einen Hauptpreis gewonnen. So war Benjamin Walter Bundessieger in Physik beim Wettbewerb »Jugend forscht«. Mit diesem Erfolg hatte er sich für den internationalen Wettbewerb in Helsinki qualifiziert.

Ausgangspunkt des Erfolgs war im Sommer 2010 ein sechswöchiges Praktikum am Fritz-Haber-Institut der Max-Planck-Gesellschaft in Berlin. Dort untersuchte der Gymnasiast mit dem Rastertunnelmikroskop die Struktur von Coronen auf einer Germanium(111)-Oberfläche.

In der Wissenschaft bedeutet auch die Widerlegung einer Annahme einen Erfolg, denn Benjamin Walter hat gezeigt, dass es nicht möglich ist, mit Coronen auf einer Germanium(111)-Oberfläche Graphen zu synthetisieren. Graphen könnten in der Computerindustrie eine große Rolle spielen, doch leider lässt es sich auf diese Weise nicht herstellen.

Benjamin Walters Untersuchungen haben zunächst die deutsche, in Helsinki dann auch die internationale Jury überzeugt. Vor der Reise nach Finnland konnte sich der junge Meißner mithilfe des Europapreises der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) auf den Wettbewerb vorbereiten. Er übte seinen Vortrag in englischer Sprache, tauschte sich mit seinen Mentoren aus und konnte so sein Projekt weiterentwickeln.

Benjamin Walter hat übrigens im Sommer mit 16 Jahren am Meißner Franziskanerum sein Abitur mit 1,1 bestanden. Neben seinem Forschertalent überzeugte er auch als Pianist, Cellist und als Schauspieler im Schülertheater. Von seiner weiteren Entwicklung wird man sicherlich noch hören.

Abstimmung zwischen dem Rat der Europäischen Union und dem Europäischem Parlament wird noch Zeit benötigen

(DW) Am 29.09.2011 tagte der Rat für Wettbewerbsfähigkeit zur Patentgerichtsbarkeit. Die Schaffung eines einheitlichen Patentgerichtssystems fand erwartungsgemäß breite Unterstützung. Eingerichtet werden soll ein einheitliches Patentgericht. Dieses soll aus einem Gericht erster Instanz bestehen mit lokalen Kammern, gegebenenfalls auch regionalen Kammern und einer zentralen Kammer, ferner einem Berufungsgericht und einer Zentral- sowie Unter-Registaturen. Das Patentgericht soll mit ausschließlicher Zuständigkeit sowohl für europäische Patente als auch für EU-Patente (nunmehr: »Europäische Patente mit einheitlicher Wirkung«) ausgestattet sein. Das neue Gericht soll EU-Recht voll anwenden und unter der Kontrolle des Europäischen Gerichtshofes stehen. Drittstaaten wären ausgeschlossen. Vorgesehen sind bislang drei mögliche lokale Kammern pro Mitgliedstaat, wobei sich Baden-Württemberg, Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Bayern, Sachsen und Hessen Hoffnung auf eine Kammer in Deutschland machen und sich dementsprechend bereits jetzt in Stellung bringen.

Die polnische Ratspräsidentschaft strebt bis zum Jahresende eine politische Einigung über das gesamte Patentpaket an. Spanien und Italien beteiligen sich weiterhin nicht, wobei beim jetzigen Rat der Wettbewerbsfähigkeit Spanien offenbar ? anders als Italien ? keinen Widerstand mehr leistete. Im Juni 2011 war eine allgemeine Ausrichtung zum Patent und zum Sprachenregime erzielt worden.

Bereits am 23.09.2011 hatte das Mitglied des Europäischen Parlaments und Vorsitzender des Rechtsausschusses Klaus-Heiner Lehne (Deutschland/EVP) seinen Berichtsentwurf zum Europäischen Patentgerichtssystem veröffentlicht.

Klaus-Heiner Lehne begrüßt die Schaffung eines einheitlichen Patentgerichts, da hierdurch Verfahrenskosten für Patentinhaber erheblich gesenkt werden. Er hält es für notwendig, dass die Parteien stets durch einen Rechtsanwalt vertreten werden sollten, wobei dieser durch einen Patentanwalt unterstützt werden könne. Weiterhin schlägt er vor, dass die dezentralisierten erstinstanzlichen Gerichte auf Antrag in solchen Mitgliedstaaten eingerichtet werden sollen, wo über 100 patentrechtliche Verfahren im Jahr verhandelt werden.

Insgesamt sollte kein Mitgliedstaat mehr als vier erstinstanzliche Gerichte einrichten dürfen.

Voraussichtlich wird sich die Abstimmung zwischen Rat und Europäischem Parlament über das Patentpaket mindestens bis Mitte 2012 hinziehen; überdies ist für die Einrichtung des Patentgerichts eine Vertragsstaatenkonferenz notwendig, denn das Gericht wird nicht auf einem EU-Rechtsakt fußen, sondern auf völkerrechtlicher Grundlage errichtet. Insofern wird es noch einige Zeit dauern, bis das neue EU-Patentsystem tatsächlich das Licht der Welt erblickt.

Hauptziel ist nicht Strafmaßerhöhung, sondern Harmonisierung

(DW) Am 20.09.2011 hat die Europäische Kommission ihre Mitteilung »Auf dem Weg zu einer europäischen Strafrechtspolitik: Gewährleistung der wirksamen Durchführung der EU-Politik durch das Strafrecht« veröffentlicht.

Die Europäische Kommission bekennt sich zu einer strikten Verhältnismäßigkeitsprüfung sowohl des »Ob« strafrechtlicher Maßnahmen (Strafrecht als »ultima ratio«) als auch des »Wie« hinsichtlich Art und Niveau der Strafen. Hervorgehoben wird die teils bessere Effizienz von Verwaltungsanktionen bei der Ahndung weniger schwerer Verstöße. Betont wird, dass das Hauptziel einer EU-weiten Annäherung nicht darin bestehe, das in den Mitgliedstaaten anwendbare jeweilige Strafmaß zu erhöhen, sondern die Variationsbreite zwischen den nationalen Systemen zu reduzieren und sicherzustellen, dass das Erfordernis »wirksamer, angemessener und abschreckender« Sanktionen in allen Mitgliedstaaten tatsächlich erfüllt wird.

Benannt wird auch die Möglichkeit, strafrechtliche oder nicht strafrechtliche Sanktionen für juristische Personen vorzusehen.

Dabei wird betont, dass die geltenden Rechtsvorschriften die Wahl der Haftungsart juristischer Personen für begangene strafrechtliche Handlungen immer den Mitgliedstaaten überlassen wird. Denn das Konzept der strafrechtlichen Haftung juristischer Personen existiere nicht in allen nationalen Rechtsordnungen.

Bei der Frage der strafrechtlich zu harmonisierenden Politik-Bereiche sei eine Annäherung der Sanktionsniveaus insbesondere in Betracht zu ziehen, wenn eine Analyse der geltenden Rechtsvorschriften für Verwaltungsanktionen oder strafrechtliche Sanktionen bedeutende Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten aufzeige und diese Unterschiede zu einer uneinheitlichen Anwendung von EU-Bestimmungen führten.

Folgende Bereiche kommen für strafrechtliche Sanktionen in Frage: der Finanzsektor (etwa in Bezug auf Marktmanipulation und Insider-Geschäfte), die Bekämpfung gegen die finanziellen Interessen der Europäischen Union gerichteten Betruges sowie der Schutz des Euro vor Fälschung.

Als strafrechtlich erwägenswerte Bereiche werden aufgeführt:

- Straßenverkehr, in Bezug auf schwerwiegende Verstöße gegen soziale und technische Vorschriften, Sicherheitsbestimmungen und Marktregeln der Europäischen Union für den gewerblichen Kraftverkehr,
- Datenschutz, bei schwerwiegenden Verstößen gegen geltende EU-Vorschriften,
- Zollbestimmungen zur Angleichung der Vorschriften bezüglich Zuwiderhandlungen und Strafen im Zollbereich,
- Binnenmarktpolitik: Bekämpfung etwa von Nachahmung und Fälschung, Korruption oder das Verschweigen von Interessenkonflikten im öffentlichen Auftragswesen,
- Umweltschutz sowie Fischereipolitik.

Die Europäische Kommission kündigt an, in Zusammenarbeit mit dem Rat der Europäischen Union und dem Europäischem Parlament sprachliche Vorgaben zu erarbeiten, die dem EU-Gesetzgeber als Orientierungshilfe bei der Abfassung strafrechtlicher Vorschriften, mit denen Mindestregeln für Straftatbestände und Sanktionen eingeführt werden, dienen sollen.

Ferner will die Europäische Kommission eine Expertengruppe einsetzen, die klären soll, wie die wirksame Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften in die nationalen Strafrechtsordnungen der Mitgliedstaaten zu gewährleisten ist. Dabei soll es insbesondere um das Verhältnis zwischen strafrechtlichen und nicht-strafrechtlichen Sanktionssystemen und die Auslegung von in EU-Rechtsvorschriften regelmäßig verwendeten Strafrechtsbegriffen wie »wirksame, verhältnismäßige und abschreckende Sanktion«, »minder schwerer Fall« oder »Beihilfe« und »Anstiftung« gehen.

Die Kommissionsmitteilung [\[KOM 2011\(573\)\]](#) finden Sie auf der Webseite von Pre-Lex.

Brüsseler Fachtagung befasst sich mit Kohlenstoffspeicherung bei Agrarkulturen

(Marie-Therese Leschke/MG) Am 21.09.2011 fand im Hanse-Office in Brüssel, ein Expertengespräch zum Thema »Treibhausgasmindering in der Landwirtschaft« statt.

Im Mittelpunkt der Veranstaltung standen Fachvorträge, die sich mit Ansprüchen und Herausforderungen der Klima- und Umweltpolitik an die zukünftige Landwirtschaft befassten.

Prof. Dr. Hans Joosten von der Universität Greifswald referierte ausführlich über Moorböden und ihre Bedeutung als Hotspots in der landwirtschaftlichen Klimapolitik.

Er legte dar, dass die weltweite Ausdehnung von Moor-Ökosystemen insgesamt 4 Mio. km² in Anspruch nimmt, was flächenmäßig etwa 3 % der Erde beträgt. Dennoch speichern Moore 500 Gigatonnen Kohlenstoff im Torf. Das entspricht dem zweifachen Kohlenstoffvorrat der gesamten weltweiten Waldbiomasse.

Moore zeichnen sich hauptsächlich durch ihre Fähigkeit der Kohlenstoffspeicherung im Torf aus. Als besonders raum-effektive Kohlenstoffspeicher unter den terrestrischen Ökosystemen enthalten sie in der borealen Zone sieben mal und in den Tropen zehn mal mehr Kohlenstoff pro Hektar als andere Ökosysteme.

Um sowohl die Festlegung als auch die Bindung des Kohlenstoffs im Moor zu gewährleisten, ist eine permanente Wassersättigung erforderlich. Wenn Moore entwässert, abgebaut oder gar durch Land- und Forstwirtschaft übernutzt werden, wandeln sich diese gewaltigen Kohlenstoffspeicher zu kräftigen Quellen von Kohlendioxid und Lachgas um.

Dieser Prozess der Umfunktionierung von Treibhausgasenken zu Treibhausgasquellen ist erheblich und führt zu enormen CO₂-Emissionen.

Weltweit emittieren degradierte Moore mehr als 2 Gigatonnen (2 Milliarden Tonnen) CO₂ pro Jahr. Prof. Dr. Joosten berichtete, dass diesbezüglich seit 1990 ein Anstieg um mehr als 25 % zu verzeichnen ist.

Die Europäische Union zählt derzeit neben Südostasien zu den Hauptverursachern und trägt hierzu jährlich 174 Megatonnen CO₂-Emissionen bei. Deutschland verzeichnet immerhin 32 Megatonnen CO₂ pro Jahr.

Es ist somit ein vorrangiges Ziel des Klimaschutzes, die Funktionsfähigkeit von Mooren zu erhalten. Insbesondere eine Wiedervernässung dieser Ökosysteme ist sehr effektiv, um Emissionen zu verringern, da aus den umweltschädlichen Kohlenstoff-Quellen wieder Kohlenstoff-Senken werden können.

Bei der Lösung dieses Problems kommt der Landwirtschaft in Europa eine besondere Bedeutung zu. Zu nennen sind hier die sogenannten Paludikulturen. Deren gezielter Anbau und landwirtschaftliche Nutzung in Moor- und Feuchtgebieten hat den Torferhalt zum obersten Ziel und wirkt sich nicht nur auf das Klima, sondern auch auf die Wasserwirtschaft sowie die Biodiversität positiv aus. Paludikulturen beinhalten traditionelle Verfahren der Moorbewirtschaftung, schließen aber auch neue Verfahren, wie beispielsweise die energetische Verwertung von Moor- Biomasse mit ein.

Die Europäische Union unterstützt die Landnutzung auf entwässertem Torfand ? gegenwärtig in drei verschiedenen Förderbereichen. Zum einen im Umweltbereich zur Erhaltung der Moore durch Pflege und Aufbereitung von entwässerten Mooren ohne Nutzung von Biomasse. Dies wird mit Direktzahlungen gefördert.

Zum Zweiten unterstützen Agrarumweltprogramme die biologische Landwirtschaft auf stark entwässertem Grünland und ? zum Dritten ? kann über Förderungen im Bereich der erneuerbaren Energien entwässertes Torfand zum Anbau von »Bioenergiepflanzen« genutzt werden.

Um diese Maßnahmen gezielt umsetzen zu können, werden Investitionszuschüsse für hydrologische Umstrukturierungen, den Erwerb von angepassten Maschinen, die konkrete Entwicklung von Produktionslinien sowie eine genaue Produktplatzierung benötigt und gewährt.

Zusammenfassend machte Prof. Joosten nochmals deutlich, dass man mit Paludikulturen die wesentlichen ökologischen Funktionen von Mooren als Kohlenstoffspeicher, Wasserregulator und Träger besonderer Biodiversität mit der Gewinnung von nützlicher Biomasse kombinieren kann. Deshalb seien heute Moorentwässerungen grundsätzlich nicht mehr zu verantworten.

Für den Anbau derart spezialisierter Kulturen gibt es in Sachsen eine Reihe von Ansatzmöglichkeiten auf feuchtgründigen und anmoorigen Böden ? insbesondere im Erzgebirge oder im Elbe-Einzugsgebiet. Dies gilt vor allem auch angesichts einer durch ?Greening?- Förderung geprägten zukünftigen Gemeinsamen Agrarpolitik.

Umgestaltung der Kohäsionspolitik hin zu einer richtigen Investitionspolitik

(KF) Die Europäische Kommission hat am 06.10.2011 ein [Legislativpaket für die Regionalpolitik nach 2013](#) vorgelegt. Mit diesem Paket versucht sie, die Kohäsionspolitik zu reformieren und an der europäischen Agenda für Wachstum und Beschäftigung (»Europa 2020«) auszurichten. Der für die Regionalpolitik zuständige Kommissar Johannes Hahn sprach von der »gravierendsten Veränderung der Regionalpolitik seit ihrem Bestehen«, mit der man versuche, den Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft zu begegnen. »Wir sind einen weiten Weg gegangen«, sagte er.

Das Paket besteht aus mehreren Verordnungen. Ein Novum stellt dabei die übergreifende Verordnung dar. Sie soll die gemeinsamen Regeln für fünf verschiedene EU-Fördertöpfe festlegen. Das betrifft den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), den Europäischen Sozialfonds (ESF), den Kohäsionsfonds (KF), den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER) und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds (EMFF).

Die übergreifende Verordnung kennt drei Kategorien von Regionen:

- Benachteiligte Regionen mit einem Bruttoinlandsprodukt pro Kopf von weniger als 75 % des EU-27-Durchschnitts,
- Übergangsregionen zwischen 75 und 90 % des EU-27-Durchschnitts sowie
- stärker entwickelte Regionen von über 90 % des EU-27-Durchschnitts.

Für die Einordnung der Regionen auf NUTS II Ebene (statistische Kenngröße) wird im Text vorgeschlagen, den Durchschnitt der Daten des Europäischen Statistikamtes (Eurostat) für die Jahre 2006, 2007 und 2008 zu nehmen.

Wichtiger Bestandteil des künftigen strategischen Ansatzes der Strukturfondsförderung sollen neben der thematischen Konzentration auch Konditionalitäten und eine Leistungsüberprüfung sein. Sogenannte ex-ante Konditionalitäten sollen die notwendigen Grundvoraussetzungen für eine wirksame Förderung schaffen. In der allgemeinen Strukturfondsverordnung sind im Anhang III die Grundsätze für jeden einzelnen Bereich niedergelegt. Diese werden dann in den Partnerschaftsverträgen und dann in den Operationellen Programmen konkretisiert. Ihre Erfüllung ist Voraussetzung für die Genehmigung der Förderprogramme oder die Zahlung von Fördermitteln.

In einer ersten Reaktion begrüßte die SPD-Europaabgeordnete Constanze Krehl (SPD/Deutschland) den neuen Ansatz, die EU-Fonds stärker aufeinander abzustimmen: »Gerade in besonderen Krisensituationen müssen wir die vorhandenen Instrumente gezielter koordinieren, um eine harmonische Entwicklung der Europäische Union als Ganzes zu fördern.« Kritisch sieht Frau Krehl allerdings den Kommissionsvorschlag, die Freigabe von EU-Mitteln an die Erfüllung haushaltspolitischer Zielvorgaben für die nationale Regierung zu koppeln. »Das Parlament hat sich bereits im Vorfeld klar dagegen ausgesprochen, gerade wirtschaftlich schwache Kommunen und Regionen in Haftung zu nehmen, wenn ihren Finanzministern das Haushaltsruder aus den Händen gleitet.«

Die Vorschläge werden nunmehr vom Rat der Europäischen Union und vom Europäischen Parlament erörtert. Alle EU-Institutionen streben deren Annahme vor Ende 2012 an, damit die neuen kohäsionspolitischen Programme im Jahr 2014 anlaufen könnten. Parallel dazu gehen die Verhandlungen über den mehrjährigen Finanzrahmen für den gesamten EU-Haushalt weiter.

Abschließend unterstreicht die Europäische Kommission in ihrer Pressemitteilung vom 06.10.2011 vorsorglich, dass die konkrete Höhe der Zuweisungen an die Mitgliedstaaten und die nach Kategorien aufgeschlüsselte Liste der förderfähigen Regionen erst nach der endgültigen Annahme des vorgelegten Legislativpakets abschließend festgelegt wird. Definitive Klarheit über den Umfang der sächsischen Fördermittel wird es also frühestens im Frühjahr 2013 geben.

(Quelle: Europäische Kommission)

Weitere Informationen finden Sie in der [Pressemitteilung der Europäischen Kommission](#).

Europäische Kommission rechnet bei europaweiter Ahndung bestimmter Verkehrsverstöße mit bis zu 5.000 weniger Verkehrstoten jährlich

(HWK) Der Rat der Europäischen Union hat am 29.09.2011 eine Richtlinie angenommen, wonach es den Mitgliedstaaten möglich sein soll, Halter von Kraftfahrzeugen aus anderen Mitgliedstaaten zu identifizieren, um sie für folgende schwerwiegende Verkehrsordnungswidrigkeiten zu belangen: Überschreitung der Höchstgeschwindigkeit, Fahrten unter Alkohol- und Drogeneinfluss, Nichtanlegen des Sicherheitsgurtes, Überfahren der roten Ampel, Verletzung der Helmtragepflicht, Nutzen der Fahrspuren für Notdienste und öffentlichen Nahverkehr sowie rechtswidriges Nutzen von Mobiltelefonen am Steuer. Diese Liste kann im Zuge einer Revision der Richtlinie erweitert werden.

Nach Berechnungen der Europäischen Kommission sollen dadurch bis zu 5.000 Menschenleben jährlich gerettet werden können. Das Vereinigte Königreich, Irland und Dänemark nehmen an dieser Regelung mit Blick auf die Ausnahmeregelungen im Lissabon-Vertrag zur polizeilichen Zusammenarbeit noch nicht teil, können aber später beitreten. Alle anderen Mitgliedstaaten haben nun nach Veröffentlichung im Amtsblatt zwei Jahre Zeit, die Regelungen in nationales Recht umzusetzen.

Weitere Informationen finden Sie in den [Veröffentlichungen des Rates der Europäischen Union](#).

Industriepolitik, Ressourceneffizienz, Normungspaket, einheitliches Patentgericht, Berufsqualifikationen

(HWK) Am 29./30.09.2011 tagte der Rat »Wettbewerbsfähigkeit« (Binnenmarkt, Industrie, Forschung und Raumfahrt) unter polnischer Präsidentschaft in Brüssel.

Im Bereich Industrie und Binnenmarkt standen das Normungspaket, die Ratsschlussfolgerungen zur Industriellen Wettbewerbsfähigkeit im Lichte der Ressourceneffizienz, der Entwurf eines Abkommens über die Errichtung eines einheitlichen Patentgerichts und das Grünbuch zur Überarbeitung der Richtlinie über Berufsqualifikationen auf der Tagesordnung.

Ferner gab es eine Diskussion zu weiteren Europäischen Innovationspartnerschaften (kurz: EIP) unter der Europa 2020-Leitinitiative »Innovationsunion«. Die Europäische Kommission kündigte bereits für diesen Herbst Europäische Innovationspartnerschaften zu den Themen »Rohstoffe« und »Nachhaltige Landwirtschaft« an.

Für November dieses Jahres sei ferner die Verabschiedung eines Strategic Implementation Plan (Strategischer Umsetzungsplan, kurz: SIP) vorgesehen, mit dem künftig Europäische Innovationspartnerschaften umgesetzt werden sollen. Ratsschlussfolgerungen zu den Europäischen Innovationspartnerschaften sollen im Dezember 2011 folgen.

Weitere Informationen finden Sie auf der Website des [Rates der Europäischen Union](#).

Unterstützung der Überwachungs- und Bewertungsstrategie (Gleichstellungsfragen)

Weitere Informationen finden Sie im [Amtsblatt der Europäischen Union](#).

Mitgliedschaft in der aus Wissenschaftlichen Ausschüssen und einer Datenbank von Sachverständigen bestehenden Beratungsstruktur für die wissenschaftliche Risikobewertung

Weitere Informationen finden Sie im [Amtsblatt der Europäischen Union](#).

Basic skills and key competences via sexual education

Dear all,

Please see attached partner search for a **Comenius Multilateral Project under the Life Long Learning** call in 2012.

The purpose of the project is to use sexual education to make the learning of basic skills and key competences more directly relevant to the lives of young people.

The project will be a learning oriented project with clear health gains as a side effect.

Planned activities include:

- Developing, testing, implementing and disseminating new curricula and teaching material.
- Developing pedagogical strategies and new teaching methodologies.
- Developing evaluation methods consistent with this way of teaching.
- Training teachers and other relevant personnel.
- Exchanging teachers and observing teaching in partner countries.
- Involving relevant NGO?s.

The project will run for 3 years, and have a total budget of 400.000 EUR of which the EU can fund 75 %.

Please send the attached description to any potential partners.

Dead line for expression of interest: 11th of November 2011.

See attached for contact details for the project manager.

Best regards

Rasmus Aspe Mørk

EU adviser

Central Denmark EU Office Tel.: +32 2 230 87 32

Email: ram@centraldenmark.eu

Partner search from Central Denmark

Working title of the project

Developing basic skills and transversal key competences by integrating sexual education broadly in the curricula.

Outline of the project idea

The purpose of the project is to use sexual education to make the learning of basic skills and key competences more directly relevant to the lives of young people.

Sexual education can be used to make the learning of basic skills in reading, writing, math as well as science topics more directly relevant to the students, and thereby reaching students with difficulties.

The project will also promote good sexual health and challenge the students and teachers to look at this topic in other cultural and social contexts, thus developing their social, civic and cultural competences as well as integrating a European dimension in teaching and learning.

We plan the following activities in the project:

?Developing, testing, implementing and disseminating new curricula and teaching material.

?Developing pedagogical strategies and new teaching methodologies

?Developing evaluation methods consistent with this way of teaching

?Training teachers and other relevant personnel

?Exchanging teachers and observing teaching in partner countries

?Involving relevant NGO?s

All this will be done by using the social and cultural diversity in the partnership to learn from each other, share experiences and develop tools to improve the quality of teaching and learning in the classroom.

During the project and via the developed teaching material the students will experience how they are both different and very alike students from other countries ? and thus experience first hand the benefits of the European community.

Programme and call

Comenius Multilateral Project ? priority: Support basic skills and transversal key competences

Link to call text and priority description:

http://ec.europa.eu/education/lip/doc848_en.htm

Deadline for expression of interest

Dead line for expression of interest:

11th of November 2011

(Dead line for call: 2nd of February 2012)

Lead organisation

[Municipality of Holstebro](#), Denmark

Partners already involved

3 schools in the Municipality of Holstebro together covering pupils of 6 to 19 years old.

Danish NGO on Sexual education.

Describe the kind of partners you are looking for and their expected role in the project

We are looking for schools with some experience in working with sexual education, and we would like each partner country to cover pupils of approx. 6 to 19 years old.

We would like the schools to be supported in the project by the local or regional administration.

We would also like to involve relevant NGO?s from the partner countries.

Foreseen project duration

3 years.

Indicative budget for the project

Total project budget: 400.000 EUR

EU-funding 75 %

Contact information

Lone Kjær Hein

Project manager

Holstebro Municipality

Borregaardsvej 9

DK-7500 Holstebro

Phone: +45 9611 5311

Mail: Lone.Hein@holstebro.dk

Inclusion and integration into the labour market for young academics - an innovative trainee approach

Dear all,

Please see attached partner search from the City of Aarhus who is applying for the DG Employment call: [VP/2011/012 Pilot Project](#) ? All-Inclusive Cooperation between Public Authorities, Commercial Firms and Social Enterprises for Social Inclusion and Integration into the Labour Market.

The project will develop a innovative trainee approach involving public authorities, private companies and social enterprises in order to give young academics a better chance on the labour market.

EU-funding: 80 % out of a total budget of 400.000 Euro for a project starting in March 2012 and running 18 month.

Please send this partner search to anyone you think might be interested.

Best regards

Rasmus Aspe Mørk

EU adviser

Telephone: +32 2 230 87 32

Email: ram@centraldenmark.eu

[Central Denmark EU Office](#) Avenue de Tervuren 35

1040 Brussels

Partner search from Central Denmark

Title of the project

Inclusion and integration into the labour market for young academics ? an innovative trainee approach

Outline of the project idea

In Europe, unemployment increases dramatically in a time of crisis. The new graduates are particularly affected by this in Denmark ? almost every fifth graduate is without work - and in other European countries it's even worse. There has been an extreme worsening of the opportunities for the graduates to enter the labor market, and the past shows us that if you do not get a foothold in the labor market during the first year after your training, it becomes exceptionally hard to get it later in life. Every year there will be new graduates leaving the educational institutions, and the employers may be more interested in them. With this pilot project we will try to do something about it. We will make new cross-country test methods - across sectors in the interaction between private and public actors in order to create new knowledge about the possibilities of including and integrating young academics with a diversified background to the labor market.

We will develop and test innovative working methods and instruments in a one year trainee period for at test group of 20 young people in each country. The participants will be carefully picked taking into consideration to have a diversified group. The young people will during the year be trained, tested and developed in each of the involved companies ? 3 months in each company locally ? and supplemented with training in communication, networking, personality tests etc. to broaden their view of their possibilities and keeping their competences sharp. The trainees will not receive salary during the period (except for locally agreed social benefits) The possibilities for remuneration will of course vary depending on the possibilities in the involved countries.

In each of the involved companies a person will be appointed Trainee Executive. This person will be involved and trained to help the trainees broaden their view and giving advice schemes. This will happen across sectors to create new relationships between employers and worker and between various civil society actors and thereby strengthening cooperation between public authorities, for-profit companies and social enterprises.

All involved trainees and their contacts in each country will meet on a regular basis and in a formal structured context in order to broaden network and possibilities, and thereby give an optimal possibility for case studies. Thereby also enable transfer of knowledge between sectors.

During the project period the involved project managers and the Trainee Executives will meet to make comparative studies of the situation in the different Member States to exchange good practices and ideas across countries ? i.e. mainstreaming of existing successful practices and instruments across countries.

The involved countries will in cooperation with local and international partners conduct conferences and workshops during the project period and not at least at the end of the project participate in conferences etc. to communicate the findings both locally and internationally.

Programme and call

DG Employment call: VP/2011/012 Pilot Project ? All-Inclusive Cooperation between Public Authorities, Commercial Firms and Social Enterprises for Social Inclusion and Integration into the Labour Market:

Deadline for the call

15th November 2011

Lead organisation

The Municipality of Aarhus will be lead partner for the project.

Partners already involved

In Denmark the following will participate:

- Mayor's Department, The Municipality of Aarhus (a Municipality of 300.000 inhabitants and 30.000 employees).
- The Department of Social Affairs & Employment, Employment centre North, Municipality of Aarhus.
- A major international commercial firm located in Aarhus.
- A social enterprise located in Aarhus.

Describe the kind of partners you are looking for and their expected role in the project

From each Member State at least three partners must be involved.

- A public authority or semi-public agency (at central or regional level),
- A private for-profit enterprise and
- A social enterprise.

See a detailed description in [the call page 6](#).

Foreseen project duration

18 months starting March 2012

The project itself is expected to last one year plus start-up, recruiting and evaluation estimated to last half a year.

Foreseen budget

Around 400.000 € for the project. The applicants will contribute at least 20 % of the total eligible costs, i.e. we will apply for around 320.000 €. Budget for the involved partners to be defined in detail.

Contact information

Pia Katballe Soerensen

Mayor's Department

The Municipality of Aarhus

City Hall

DK-8000 Aarhus

Denmark

Tel. +45 8940 2816

or + 45 2332 8138

pks@aarhus.dk

Deadline for expression of interest

21st October 2011